



Zu 1.1. Die AfD lehnt den weiteren Ausbau der Windkraft aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die Nutzung der Windkraft ist wegen ihrer unregelmäßigen Verfügbarkeit nicht in der Lage, ein Industrieland zuverlässig mit Strom zu versorgen. Die notwendigen großtechnischen Speicheranlagen, um diesen Zustand zu beheben, stehen auch auf lange Sicht nicht zur Verfügung. Wenn sie zur Verfügung stünden, was nicht absehbar ist, würde ein umfangreicher Ausbau vorhandener Speichertechnologien die Nutzung der Windkraft unbezahlbar machen und zu massiver zusätzlicher Umweltzerstörung führen. Die AfD tritt für eine ersatzlose Abschaffung des EEG ein. Dies würde zu einem sofortigen Ende des Ausbaus von WKA führen. Solange das EEG in Kraft ist, fordern wir die Einhaltung der 10-H-Regel für alle Anlagen. Auch das würde de facto für ein sofortiges Ende des Ausbaus in dicht besiedelten Ländern wie dem Saarland führen. Die AfD bekennt sich selbstverständlich zum Umweltschutz. Der Bau von WKA in der UNESCO-Biosphärenregion Bliesgau ist nur möglich, weil die Jamaica-Koalition unter MP Kramp-Karrenbauer und Umweltministerin Simone Peter 2011 den LEP-Umwelt entsprechend geändert hat. Ein Ausbau in Waldgebieten muss aber tabu sein. Auch hier würde eine 10-H-Regelung den Ausbau weitgehend unmöglich bzw. selbst unter den gegebenen Bedingungen des EEG unwirtschaftlich machen.

Zu 1.2. Ein weiterer Grund, warum wir den weiteren Ausbau von WKA ablehnen, sind die Gefahren für Vögel und Fledermäuse, die von den Anlagen ausgehen.

Zu 1.3. Die AfD lehnt eine solche Gesetzesnovelle ab.

Zu 1.4. Eine ersatzlose Streichung des EEG bzw. bis dahin eine 10-H-Abstandsregelung würden zum sofortigen Ende des Ausbaus der WKA im Saarland führen und diese gut gemeinten „Kompensationsmaßnahmen“ überflüssig machen.

Zu 2.1. Da eine 10-H-Abstandsregelung im Saarland das sofortige Ende des Windkraftausbaues bedeuten würde, wurde sie mit den Stimmen der Großen Koalition und mit denen der Grünen und Piraten verhindert. Sämtliche hochtrabende sogenannte „Klimaschutzziele“ wären damit sofort ad absurdum geführt.

Zu 2.2. Die AfD fordert die ersatzlose Streichung des EEG und bis dahin eine 10-H-Abstandsregelung. Beides würde weitere Normen und Richtlinien zum Schutz der Bürger vor gesundheitlichen und anderen Beeinträchtigungen überflüssig machen. Zum Schutz vor Beeinträchtigungen, die von bestehenden Anlagen ausgehen würden wir solche Regeln befürworten.



Zu 2.3. Hier gilt das gleiche wie unter Punkt 2.2. bei der TA Lärm. Für die Beurteilung, ob auch von bestehenden Anlagen gesundheitliche Risiken ausgehen, befürworten wir unabhängige Studien.

Zu 2.4. Die AfD Saar setzt sich dafür ein, den Ausbau von Windkraftanlagen zu beenden. Wir wollen das Erneuerbare Energien Gesetz ersatzlos streichen und bis dahin eine 10-H-Abstandsregelung im Saarland durchsetzen. Beides hätte einen sofortigen Ausbaustopp von WKA zur Folge.

Zu 2.5. Die AfD Saar setzt sich dafür ein, den Ausbau von Windkraftanlagen zu beenden. Wir wollen das Erneuerbare Energien Gesetz ersatzlos streichen und bis dahin eine 10-H-Abstandsregelung im Saarland durchsetzen. Beides hätte einen sofortigen Ausbaustopp von WKA zur Folge. Das trifft auch für Repowering zu.

Zu 2.6. Wir setzen uns für ein Ende des Ausbaus von WKA ein. Bis dahin ist auch für die WKA ein konsequenter Brandschutz zu fordern.

Zu 2.7. Es ist durch technische Vorkehrungen dafür zu sorgen, dass eine gefährliche Eisbildung insbesondere an den beweglichen Teilen nicht stattfinden kann. Die Verantwortung für Schäden aus dem Betrieb der Anlagen muss dem Betreiber obliegen. Ansonsten setzen wir uns für ein Ende des Ausbaus von WKA ein. Wo keine WKA, können sie auch niemanden gefährden.

Zu 2.8. Nach unserer Auffassung passt der verstärkte Ausbau der Windkraft überhaupt nicht zu den Tourismusbemühungen im Land.

Zu 3.1. Das System der massiven Umverteilung von unten nach oben ist ein wesentlicher Grund, warum sich die AfD Saar für ein Ende des Ausbaus der Windkraftanlagen einsetzt. Mit jeder neuen WKA wird die Zahl der von Stromsperrern bedrohten einkommensschwachen Haushalte größer. Jede neue Anlage zur Stromerzeugung, die große Unternehmen im Land zur Eigenversorgung bauen, erhöht letztlich die Umlagen, die die Endverbraucher bezahlen müssen. Das System hat weder etwas mit Marktwirtschaft zu tun, noch ist es sozial. Sämtliche Vorschläge, auf (nicht vorhandene) Speichertechnologien zu setzen, treiben den Strompreis weiter nach oben und verschärfen absehbar das Problem weiter.

Zu 3.2. Die Energiewende wird letztlich an den Gesetzen der Physik scheitern. Vielgepriesene Technologien wie das erwähnte „power to gas“ führen durch die verfahrensbedingten Verluste zu Herstellungskosten, die die ohnehin nicht geringen Erzeugungskosten der WKA um ein Mehrfaches übertreffen. Mit der weiteren Abschaltung unserer grundlastfähigen zuverlässigen (Kern)kraftwerke und den auf lange Sicht nicht



vorhandenen bezahlbaren Speichern wird unsere Stromversorgung immer teurer und unzuverlässiger. Weiter wird der Anteil von aus dem Ausland zugekauftem Strom steigen, bei uns im Saarland insbesondere von Strom aus Cattenom. Die AfD fordert daher die ersatzlose Streichung des EEG.

Zu 3.3. Diese Zusammenhänge sind uns bekannt. Wind und Sonne sind nicht grundlastfähig, geeignete großtechnische Speicheranlagen nicht vorhanden. Hier gilt der Satz: „Ohne große Stromspeicher ist die Energiewende (technisch) nicht möglich, mit großen Stromspeichern ist sie nicht bezahlbar.“

Zu 3.4. Wenn die Leipziger Strombörse eine wirkliche Börse wäre, dann müsste der Strom aus den so genannten Erneuerbaren Energien im Jahr 2015 auch tatsächlich ungefähr zu den 24 Milliarden den Besitzer wechseln. Das würde bedeuten, dass der Käufer mehr als das 10 fache des jetzigen Börsenpreises bezahlen müsste. Nur würde ihn dann niemand kaufen. Ihr Beispiel beschreibt anschaulich, dass die Endverbraucher 24 Milliarden in das System pumpen müssen, damit EE-Strom im Wert von 1,5 Milliarden gekauft wird. Zahlen tun dies alle Verbraucher, profitieren können nur sehr, sehr wenige. Die AfD fordert daher die ersatzlose Streichung des EEG und die Abschaffung der Vorrangspeisung. Die AfD will einzelne Energieträger weder bevorzugen noch benachteiligen.

Zu 3.5. Das EEG und die Energiewende gefährden durch ihre überwiegend unplanbare systembedingte Volatilität die Sicherheit der Stromversorgung. Sie treiben technisch bedingt den Strompreis nach oben. Die sogenannte Energiewende ist eine Sackgasse. Wir wollen marktwirtschaftlichen Prinzipien in der Stromversorgung wieder Geltung verschaffen. Unser Ziel ist es, das deutsche Stromversorgungssystem wieder auf jenen Stand der Technik zu bringen, der eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Stromversorgung sicherstellt.

Zu 3.6. Dazu haben wir keine Beschlusslage. Ein Ende des Windkraftausbaus und bis dahin die Umsetzung der 10-H-Abstandsregelung zur Wohnbebauung würde wohl de facto zur Vermeidung von solchen Fällen führen.

Zu 4.1. Besonders schlimm sind die Dinge unserer Ansicht nach z.B. im Biosphärenreservat Bliesgau. Die UNESCO-Organisation Man and Biosphere hat im Jahre 2012 in Blieskastel ein Papier zum Windkraftausbau in UNESCO-Biosphärenreservaten vorgelegt. Zur Nutzung der Windkraft in den Entwicklungszonen heißt es dort: „Die Projekte werden von der Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung befürwortet.“ Bei den geplanten bzw. die mittlerweile realisierten Projekten kann davon jedoch überhaupt keine Rede sein. Im Gegenteil, überall, wo konkrete Projekte öffentlich werden, regt sich massiver Widerstand. Eine betroffene Gemeinde hat es im Rat sogar abgelehnt, eine entsprechende Satzung zur Bürgerbefragung zu erarbeiten.

Die Beteiligung der Bürger auf allen Ebenen ist ein Kernthema der AfD.



Zu 4.2. Die Änderung des LEP Umwelt hatte negative Folgen im Saarland. Insbesondere entstand dadurch überhaupt erst die Möglichkeit, z.B. in der Biosphärenregion WKA zu errichten.

Zu 4.3. Wir fordern die ersatzlose Streichung des EEG und die 10-H-Abstandsregelung zur Wohnbebauung. Die beschriebenen Interessenskonflikte würden dadurch weitgehend vermieden.

Zu 4.4. Wenn keine Art der Energieerzeugung mehr bevorteilt wird und marktwirtschaftliche Prinzipien in der Energieerzeugung wieder verstärkt beachtet werden und die Belange von Naturschutz und die der Anwohner stärker Berücksichtigung finden, wird im windschwachen Saarland das wirtschaftliche Interesse am Bau von WKA gegen Null gehen. Auch die Gutachterbranche wird darunter leiden.

Zu 4.5. Ein solches Moratorium scheint vernünftig. Unsere Forderungen gehen jedoch darüber hinaus. Ganz wesentlich ist für uns das Ziel – und das fehlt in den Forderungen des Moratoriums – einer kostengünstigen, zuverlässigen und umweltverträglichen Stromversorgung, die auf Dauer sichergestellt werden muss.

Für den LV Saar

Lutz Hecker

Stellv. Landesvorsitzender

Mitglied im BFA 10 Klima, Energie und Infrastruktur der AfD

Mitglied im LFA 2 Klima und Energie der AfD Saar